



Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / CDU-Fraktion

Nr.: A 22/0864-01

Status: öffentlich

Datum: 14.11.2022

Bericht aus dem Krisenstab zur Energiemangellage

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und CDU

Beratungsfolge:

Gremium:

BSO

Datum:

24.11.2022

Status:

Ö

Zuständigkeit:

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragen:

1. Die Verwaltung hält einen Sachstandsbericht, in dem dargestellt wird, welche Vorkehrungen die Stadt Mülheim an der Ruhr getroffen hat bzw. noch trifft, um auf eine Notlage aufgrund einer Energiemangellage reagieren zu können. Dabei möge die Verwaltung darstellen, wie private Haushalte aber auch Firmen auf eine Energiemangellage vorbereitet werden können und welche Maßnahmen ergriffen werden, um finanzielle Hilfsangebote im Bedarfsfall bereit zu stellen.
2. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) stellt mit dem „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ eine umfangreiche und verständliche Broschüre zur privaten Krisenvorsorge bereit. Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung empfiehlt, diese für die Bürger:innen wichtige Broschüre zeitnah und präsent in digitaler Form auf der Homepage der Stadt Mülheim an der Ruhr zu veröffentlichen.

3. 3. Die Verwaltung wird beauftragt, darüber hinaus ein Konzept zur Darstellung des Ratgebers auf Social Media und zum Verteilen der Printversion im Stadtgebiet (Auslage an zentralen Stellen im Stadtgebiet z.B. VHS, Rathaus, Bürgeramt etc.) zu erstellen.
4. 4. Des Weiteren informiert die Verwaltung, wie die Funktionsfähigkeit der Verwaltung bei einem möglichen „Blackout“ gewährleistet wird und welche Aufgaben Ordnungsamt, Polizei, Feuerwehr und Freiwillige Feuerwehr, Hilfsorganisationen und THW im Falle eines längeren Stromausfalls übernehmen.

Sachverhalt:

Haushalte und Unternehmen sind aktuell durch hohe Energiekosten stark belastet. Zwar schließt die Bundesregierung eine Gas- bzw. Energiemangellage bis Februar 2023 aktuell aus. Nichtsdestotrotz besteht die Möglichkeit, dass sich das weiterhin latente Risiko doch realisiert. Daher ist es wichtig zu wissen, wie die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Falle einer akuten Energiemangellage gewährleistet wird. Zudem sollten auch die Bürger:innen darüber informiert werden, welchen Beitrag sie leisten können.

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Max Oesterwind
Ausschusssprecher
CDU-Fraktion

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Niels Rose
Ausschusssprecher
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anlagen: